

Ressort: Politik

Linke will Kooperation mit türkischen Sicherheitsbehörden aussetzen

Berlin, 11.12.2018, 15:10 Uhr

GDN - Die stellvertretende Vorsitzende der Linken-Bundestagsfraktion, Sevim Dagdelen, verlangt nach Medienberichten über ein weltweit wirkendes Entführungsprogramm des türkischen Geheimdienstes das Aussetzen der Zusammenarbeit zwischen deutschen und türkischen Sicherheitsbehörden. "Internationale Entführungen, Geheimgefängnisse und Folter sind mit einem Rechtsstaat unvereinbar", sagte Dagdelen dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Mittwochsausgaben).

Rechtswidrige Methoden und völkerrechtswidriges Vorgehen müssten Konsequenzen haben in den Beziehungen zur Türkei. "Die Bundesregierung steht in der Pflicht, aufzuklären und sicherzustellen, dass sich keine deutschen Sicherheitsbehörden an dem illegalen Entführungsprogramm des türkischen Geheimdienstes beteiligen", so die Linken-Politikerin weiter. Die Bundesregierung müsse den Schutz der in Deutschland lebenden Menschen, inklusive türkischer Oppositioneller, gewährleisten. "Die Kooperation von Polizei und Geheimdiensten in Deutschland mit Erdogans Regime muss umgehend ausgesetzt werden", so Dagdelen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-116762/linke-will-kooperation-mit-tuerkischen-sicherheitsbehoerden-aussetzen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com